

Antrag

der Abgeordneten Matthias Höhn, Heike Hänsel, Dr. Alexander S. Neu, Michel Brandt, Christine Buchholz, Dr. Diether Dehm, Dr. Gregor Gysi, Andrej Hunko, Zaklin Nastic, Thomas Nord, Tobias Pflüger, Eva-Maria Schreiber, Helin Evrim Sommer, Alexander Ulrich, Kathrin Vogler, Andreas Wagner und der Fraktion DIE LINKE.

Für ein Verbot autonomer Waffensysteme

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Durch die Entwicklung „letaler autonomer Waffensysteme“ (LAWS) befindet sich die Welt in einer Aufrüstungsspirale von beunruhigendem Ausmaß. Weltweit arbeitet eine Reihe an Staaten an der Automatisierung hochmoderner Waffensysteme und der Weiterentwicklung künstlicher Intelligenz im militärischen Bereich. Großmächte wie die USA, Russland und China sehen sich hier bereits in einem technologischen Wettrennen und forschen mit hoher Geschwindigkeit zu maschineller Autonomie in land-, see- und luftgestützten Waffensystemen.

Dies umfasst nicht nur den mittlerweile etablierten Einsatz von unbemannten Systemen, wie etwa Kampfdrohnen. Das gesamte „Schlachtfeld der Zukunft“ soll vom Satelliten bis hin zum einzelnen Fußsoldaten immer weiter digital vernetzt werden. Immer mehr Funktionen werden dabei automatisiert bzw. von künstlicher Intelligenz übernommen.

Das Büro für Technikfolgenabschätzung (TAB) des Deutschen Bundestags hat zum Thema „Autonome Waffensysteme“ im Oktober 2020 einen Bericht veröffentlicht (BT-Drs. 19/23672). Gutachterinnen und Gutachter des TAB-Berichts warnen unter anderem vor der drohenden Beschleunigung der Kriegsführung hinzu Maschinengeschwindigkeit und die mögliche sinkende Hemmschwelle politischer und militärischer Entscheidungsträgerinnen und -träger, in kriegerische Auseinandersetzungen zu treten. Der zunehmende Aufgabentransfer vom Menschen auf den Computer droht zu einer grenzenlosen Automatisierungsspirale zu eskalieren. Dies könnte dazu führen, dass Soldatinnen und Soldaten in Kampfsituationen nicht mehr ausreichend Bedenkzeit für Entscheidungen und der Überprüfung von maschinellen Analysen haben. Schlussendlich könnten LAWS die Kontrolle über Leben und Tod von Menschen erhalten. Eine solche Delegation der Entscheidungsgewalt vom Menschen auf die Maschine und eine grenzenlose Automatisierung von Waffensystemen kann nur durch einen rechtzeitigen regulativen Eingriff aufgehalten werden. Die Entwicklung solcher Technologien muss durch nationale Moratorien und einem internationalen völkerrechtlichen Verbot verhindert werden.

„Derzeit existiert ein Fenster von Möglichkeiten, um mit einem international abgestimmten, zielgerichteten Vorgehen die möglichen Gefahren einzuhegen, die AWS mit sich bringen könnten“, schreiben die Expertinnen und Experten des TAB-Berichts. Doch: „Dieses Fenster schließt sich sukzessive mit fortschreitender technologischer Entwicklung und der kontinuierlichen Integration autonomer Funktionen in Waffensysteme aller Art.“

Dreißig Staaten haben sich bereits für ein Verbot von LAWS ausgesprochen (www.hrw.org/report/2020/08/10/stopping-killer-robots/country-positions-banning-fully-autonomous-weapons-and). Die Große Koalition hat sich in ihren Koalitionsverträgen von 2013 und 2018 noch für völkerrechtlich bindende Regulierungen ausgesprochen und verkündet: „Autonome Waffensysteme, die der Verfügung des Menschen entzogen sind, lehnen wir ab.“ (Koalitionsvertrag 2018). De Facto hat die Bundesregierung auf internationaler Ebene jedoch lediglich eine unverbindliche, politische Absichtserklärung vorgeschlagen. Hier müssen den Worten auch Taten folgen. Ein erster wichtiger Schritt, der auch einen internationalen Impuls setzen würde, wäre ein deutsches Moratorium gegen die Entwicklung und Anschaffung solcher Waffen zu erklären.

„Der Einsatz autonomer Waffen wird das Wesen der Kriegsführung radikal verändern“ schreibt die Nichtregierungskampagne Killer-Roboter-Stoppen! auf ihrer Webseite (www.killer-roboter-stoppen.de/). Menschen zu Informationspunkten in algorithmischen Rechenprozessen zu reduzieren widerspricht dem Grundprinzip der menschlichen Würde. Zudem liegt es im Sicherheitsinteresse Deutschlands und Europas, Proliferations- und Eskalationsrisiken von LAWS zu minimieren sowie die erheblichen Wirtschaftskosten einer technologischen Aufrüstungsspirale zu verhindern.

Der vor kurzem veröffentlichte Bericht des Büros für Technikfolgenabschätzung bestätigt, dass nationale und internationale Impulse dringend notwendig sind. Das Europäische Parlament (EP) hat bereits im September 2018 eine Resolution zum Verbot von autonomen Waffensystemen beschlossen. Darin befürchtet das EP „beispielloses und unkontrolliertes Wettrüsten“ und fordert ein rechtsverbindliches Instrument, mit dem letale autonome Waffensysteme untersagt werden. Es ist dringend nötig, dass weitere Parlamente dieser Resolution folgen.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. ihrem selbst gesetzten Ziel eines Verbots autonomer Waffen folgend auf einen internationalen Verbotsvertrag hinzuwirken,
2. für die Bundesrepublik Deutschland bis zur Entwicklung eines solchen Vertrags ein Moratorium gegen die Entwicklung, Anschaffung und Nutzung solcher Waffen zu erklären,
3. die EU- und NATO-Staaten aufzufordern, sich für ein Verbot einzusetzen und gleichfalls ein Moratorium für diese Waffen zu erklären.

Berlin, den 26. Januar 2021

Amira Mohamed Ali, Dr. Dietmar Bartsch und Fraktion